

76. Sitzung des Bundesrates vom 2. November 1951

Vorsitz: Herr Bundespräsident von Steiger.  
Abwesend: Herren Bundesräte Kobelt, Rubattel und Escher.  
Schriftführer: Herren Vizekanzler Oser und Weber.  
Protokolle: --  
Beginn: 09.00 Uhr. Schluss: 11.45 Uhr.

Maul- und Klauenseuche im Reusstal. Abkommandierung von Truppen.

Herr Bundespräsident: Es sind über 80 Stück Grossvieh und 30 Stück Kleinvieh erkrankt und die Gefahr der weiteren Ausbreitung wegen Föhn ist gross.

Ein Zug Infanterie des Bat. 87 sollte zur Verfügung gestellt werden für Absperrungen, vor allem weil bei den Stollenbauten des Bundes ein täglicher Verkehr der Arbeiter zum Stollen und dann wieder heimwärts besteht.

Es wird beschlossen, die Abkommandierung dieser Truppen zu bewilligen. Das Militärdepartement wird die nötigen Weisungen erteilen.

Essen mit Trigve Lye

Herr Petitpierre: Er hat mir seine Ansichten über die internationale Lage bekannt gegeben. 1952 und 1953 werden schwierige Jahre sein. Er glaubt, dass die Russen den Wettlauf mit der Zeit verloren haben. Heute ist die Möglichkeit Europa zu "invahieren" nicht mehr vorhanden. Die Russen wissen genau, dass die USA 4 Millionen Leute für den Krieg bereit haben und 3-4 mal mehr Atombomben. In 24 Stunden können sie jeden Teil Russlands bombardieren. Die Russen haben in Korea eine militärische Niederlage erlitten; die politische Niederlage haben sie in San Francisco erlitten, weil sie den Friedensvertrag mit Japan nicht verhindern konnten und eine militärisch-politische Niederlage erleiden sie in Indochina. Weder in Deutschland noch im Balkan sind militärische Vorbereitungen der Russen festzustellen. Russland ist für einen direkten Kriegsausbruch nicht vorbereitet. Herr Lye glaubt nicht, dass sie Frieden in Korea wünschen, aber sie wollen weder Leute schicken noch Material liefern. Herr Lye glaubt nicht, dass die Chinesen Formosa angreifen werden. Wenn 1952 und 1953 kein Krieg ausbricht, ist es nicht ausgeschlossen, dass man zu einem modus vivendi kommt.

In der amerikanischen Politik sieht Herr Lye zwei Gefahren:

- 1) Dass sie Initiative ergreifen, wenn sie stark genug sind;
- 2) dass sie aus Enttäuschung über Europa zum Isolationismus zurückkehren.

Am gefährlichsten scheint ihm der Kaschmirkonflikt. Im Iran ist vielleicht eine Einigung möglich. Aegypten ist nicht so schlimm. Aber das muselmanische Problem ist gefährlich. Die Politik, die sie treiben, öffnet dem Kommunismus die Tore. Bei der nächsten Zusammenkunft der UNO wird die Frage des Islams eine Rolle spielen. Ein gefährlicher



256

- 2 -

Herd ist auch Marokko. Die Politik Englands und Frankreichs in diesen Ländern war falsch. Man hasst in diesen Ländern Grossbritannien und Frankreich, gibt sich aber keine Rechenschaft über die Gefahr des russischen Imperialismus. Herr Lyautey ist enttäuscht über seinen Besuch bei Stalin.

Was Deutschland betrifft, so legt er weder der Aufrüstung noch der Wiedervereinigung eine grosse Bedeutung bei. Immerhin will er hierüber noch weitere Studien machen.

Er ist der Auffassung, dass die Vereinigten Nationen marschieren müssten, wenn Russland ein Land angreift, auch wenn es sich um ein neutrales Land wie die Schweiz handelt.

Die Kriegsgefahr ist nicht akut, aber es kann innere Ereignisse geben, die die Situation plötzlich ändern.

Herr Bundespräsident: Danke für die interessanten Ausführungen. Wie war es bei Stalin?

Herr Petitpierre: Das Resultat war einfach negativ.

#### Europäische Zahlungsunion.

Herr Nobs: 159 Millionen von unserer Quote sind in Anspruch genommen. Das sterilisierte Bundesgeld strömt in die schweizerische Wirtschaft und verursacht Inflation. In zwei Monaten würden wir von unserem Guthaben bei der Nationalbank so viel verlieren, dass wir mit unserer Zahlungsbereitschaft auf dem Trockenen wären. Dadurch, dass unsere Quote zu rasch beansprucht wird, essen wir das Brot der künftigen Zeit. Wir exportieren heute übermässig und müssen dann einmal plötzlich stoppen.

Ich werde mir einmal erlauben, in diesem Monat die Finanzdelegation des Bundesrates einzuberufen zur Behandlung dieses Problems als wirtschaftliches Problem, als Tresorieproblem und als politisches Problem.

Herr Petitpierre: Diese Entwicklung kam nicht unerwartet. Wir haben uns Rechenschaft gegeben, dass unser Kredit einmal aufgebraucht wird. Diese Entwicklung kommt mit einer gewissen Verspätung. Es scheint mir da nichts Alarmierendes zu sein. Die Entwicklung kann nicht immer zu unseren Gunsten verlaufen. Wir müssen nur rechtzeitig unsere Massnahmen treffen.

Herr Bundespräsident: Wir haben von der Lage Kenntnis genommen und von der bevorstehenden Einladung der Finanzdelegation des Bundesrates.

#### Spionage eines Beamten der tschechischen Gesandtschaft.

Herr Petitpierre: Ein Beamter der tschechischen Gesandtschaft hat gegen die Schweiz und Frankreich spioniert. Wir haben der Gesandtschaft mitgeteilt, dass dieser Mann eine Persona non grata sei. Wir haben erklärt, dass er ausgewiesen werde, nötigenfalls mit Gewalt, wenn er nicht selber gehe. Herr Hollig wird die Schweiz am Sonntag oder Montag verlassen. Heute sind nicht mehr die rumänische und die ungarische Gesandtschaft die gefährlichsten, sondern die tschechische.

Herr Bundespräsident: Es hat am meisten Deutschsprechende dort.

Waffenausfuhr Bührle nach Aegypten.

Herr Petitpierre: Der ägyptische Gesandte hat mich ersucht, den ägyptischen Kriegsminister zu empfangen. Es handelt sich um eine grosse Waffenbestellung bei Bührle. Wir haben ein Verbot für Waffenfabrikation und -Lieferung erlassen. Es sind bei mir verschiedene Demarchen erfolgt. Ich werde nun erklären, dass wir die Bewilligung nicht definitiv verweigern, dass wir aber Aegypten als Land ansehen, das in einen Krieg verwickelt werden könnte. Ich glaube, dass wir uns weiter an den Grundsatz halten sollten, an Länder, bei denen Gefahr kriegerischer Verwicklung besteht, nicht zu liefern. Wir werden die Frage wieder prüfen, wenn sich die Lage Aegyptens wieder bessert. Die Aegypter werfen uns vor, dass wir auch an Israel geliefert haben. Ebenso wird aufmerksam gemacht werden auf das englische Embargo. Wir werden antworten, dass wir nicht etwa bei diesem Embargo mitmachen, und dass wir auch an England keine Waffen liefern.

Herr Bundespräsident: Der Bundesrat behandelt jeweilen nur die Exporterlaubnis, nicht auch die Fabrikationserlaubnis.

Herr Nobs: Unser Grundsatz ist der, dass wir nicht an Länder exportieren, in denen eine Kriegsgefahr besteht.

Besuch eines Mitgliedes der schwedischen Regierung.

Herr Petitpierre: Ich werde den Herrn zum Essen einladen und mit ihm die Frage der Beziehungen der Europäischen Zahlungsunion zum Atlantikpakt besprechen.

Herr Bundespräsident: Wie lange bleibt Herr Vallotton in Stockholm?

Herr Petitpierre: Er wird bis zu Beginn des Jahres bleiben. Vielleicht wird er dann durch Herrn Däniker ersetzt. Ich habe aber noch niemanden für Indien. Herr Vallotton wird nach Bruxelles ziehen. Ich hätte vorgezogen, wenn er zurückgekehrt wäre. Diese Ernennung war ein Irrtum.

Projekt für ein Schweizerhospital in Paris.

Herr Petitpierre: Eine Persönlichkeit der Schweizerkolonie hat vorgeschlagen mit dem Ansinnen, der Bund möge 1 1/2 Millionen Franken à fonds perdu leisten. Vielen Mitgliedern der Kolonie scheint das Projekt undurchführbar. Wir müssen sehr reserviert bleiben. Der Bund kann nicht anfangen solche Unternehmungen zu finanzieren. Ich werde die Angelegenheit weiter verfolgen, wollte aber warnen, für den Fall dass sich die Initianten an die übrigen Mitglieder des Bundesrates heranzumachen sollten.

Herr Bundespräsident: Das schriftliche Gesuch liegt noch beim Politischen Departement. Es dürfte wenig Aussicht haben.

Herr Etter: Ich glaube, dass ein solches Gesuch auch an das Departement des Innern gelangt ist und dass ich es an das Gesundheitsamt weitergegeben habe. Auch in England bestand ein solches Projekt. Können schweizerische Aerzte und schweizerisches Pflegepersonal überhaupt im Ausland arbeiten?

258  
Herr Nobs: Das wird eine teure Sache, wenn wir darauf einsteigen. Richtig ist, dass die Verarztung im Ausland meist sehr teuer und nicht gut ist.

Herr Petitpierre: Ich könnte vielleicht die Sache abbremsen und sagen, die Schweiz sei nicht in der Lage.

Herr Bundespräsident: Nachdem eine Eingabe da ist, müssen wir antworten und ablehnen. Der Chef des Politischen Departementes soll seine Bedenken über die Gesandtschaft bekannt geben.

#### Unregelmässigkeiten bei den Nationalratswahlen im Jura.

Herr Bundespräsident: Ich habe eine Vertretung der Berner Regierung empfangen, die darauf hinwies, dass die Separatisten eigene Wahlzettel drucken liessen, die sie mit Handschrift systematisch mit den Namen verschiedener, ihnen nahestehender Jurasser ausgefüllt haben. Die Zettel wurden dann an die Wähler ausgeteilt.

Es ergeben sich folgende Fragen:

Zulässig sind nur die offiziellen Formulare oder die gedruckten Parteilisten. Andere Zettel gibt es nicht. Also sind selber hergestellte Wahlzettel ungültig. Das systematische Ausfüllen der Stimmzettel ist strafbar.

Die Frage der Validierung der Wahlen liegt noch beim Regierungsrat des Kantons Bern bzw. bei der Staatskanzlei zum Studium.

Wegen des Strafverfahrens werden wir die Sache der Bundesanwaltschaft vorlegen.

Für die Prüfung des Wahlvorganges wollen wir der Regierung des Kantons Bern die Bundeskanzlei zur Verfügung stellen.

Ueber die Presseorientierung werden wir noch mit der Berner Regierung reden.

#### Wahlrede Nicoles. Beleidigung des Bundesrates.

Herr Bundespräsident: Herr Nicole hat in der Voix ouvrière den Rückzug angetreten. Er liess dort erklären, er habe nicht von "traitement" gesprochen sondern von "retraite". Der Schuldige sei der Berichterstatter der Voix ouvrière. Dieser entschuldigt sich damit, dass er sein Stenogramm falsch gelesen habe. Herr Oser hat die Presse orientiert, dass gegen Nicole geklagt werden wird und die Presse hat das publiziert. Auch im Protokoll des Bundesrates steht, dass geklagt wird.

Das, was Nicole hier erklärt, ist natürlich eine Ausrede. Wie man ihm das beweisen soll, ist eine andere Frage. Wir sollten uns jetzt damit begnügen, dass Nicole seine Anschuldigungen nicht aufrecht erhält und dass auch der Korrespondent erklärt, es sei ein Irrtum. Wir sollten hier nicht auf einen Prozess eintreten, der wahrscheinlich ergebnislos verlief.

Herr Etter: Nach den Telephonabhörberichten hat ja Nicole wahrscheinlich schon diese Aeusserung gemacht. Man könnte auch die Versammlungsteilnehmer einvernehmen. Die Aussichthem im Prozess durchzudringen sind aber trotzdem klein. Sollen wir gegen den Berichterstatter vorgehen, der auch durch seinen Bericht eine Injurie begangen hat? Lohnt es sich, einen blossen Trabanten auf die Gabel zu nehmen und die Hauptperson springen zu lassen?

Herr Bundespräsident: Wir haben Notizen unseres Beobachters, wonach Nicole tatsächlich den Ausdruck "traitement" gebraucht hat und damit die aktiven Bundesräte meinte. Die Bundespolizei möchte aber nicht, dass ihr Gewährsmann verraten wird. Wir besitzen jetzt eine von Nicole unterzeichnete Protokollerklärung, dass er nicht uns, sondern die zurückgetretenen Bundesräte gemeint habe, die schöne Verwaltungsratssitze haben. Damit zieht er die Behauptung, die in der Voix ouvrière erschienen ist, zurück.

Herr Nobs: Nachdem wir den Berichterstatter am Wickel nehmen können, sollten wir vielleicht schauen von ihm eine Satisfaktionserklärung zu erhalten.

Herr Bundespräsident: Ich bin der Meinung, dass die beste Lösung darin besteht die Protokollerklärung Nicoles zu publizieren.

Herr Petitpierre: Wenn wir jetzt den Rückzug antreten, kann das unangenehme Folgen haben. Herr Vincent hat in der Voix ouvrière bereits seine Angriffe gegen den Bundesrat begonnen. Wir dürfen nicht zu schnell handeln, denn es hat auch noch Wahlen in Genf. Wir sollten das Verfahren gegen den Berichterstatter fortsetzen und schauen, dass er mindestens sein Bedauern ausspricht.

Herr Bundespräsident: Wir haben keinen faux-pas gemacht. Wir haben noch keine Klage eingereicht, haben also auch keine zurückziehen. Man ist allerdings in der Orientierung der Oeffentlichkeit zu weit gegangen. Von einer Satisfaktionserklärung des Herrn Morel erwarte ich nichts. Wenn im Protokoll von Nicole erklärt wird, ich habe das nicht gesagt und der Bericht in der Voix ouvrière war ein Irrtum, so haben wir genügend Satisfaktion. Wichtig ist, dass wir jetzt die Erklärung Nicoles haben, dass seine Vorhalte nicht stimmen. Wie man zu dieser Abklärung gelangt ist, spielt keine Rolle.

Herr Petitpierre: Ich glaube, wir hatten Recht, dass wir agiert haben. Wir hätten es aber etwas vorsichtiger machen sollen. Wir hätten beschliessen sollen, dass wir die Frage des Vorgehens noch prüfen. Juristisch mag die Sache in Ordnung sein, aber politisch müssen wir davon ausgehen, dass die Oeffentlichkeit annimmt, wir hätten geklagt.

Herr Bundespräsident: Es ist immer die gleiche Frage: die Orientierung der Presse.

Wir werden einen Entwurf für die Orientierung der Oeffentlichkeit unterbreiten. Die anwesenden Mitglieder des Bundesrates sind der Auffassung, dass man heute nicht weiter gehen soll.

Herr Etter: Alles hängt vom Communiqué ab. Jedenfalls haben wir wieder einen Beweis für die Hinterhältigkeit des Herrn Nicole.

Politisches Dept.: Kleine Anfrage Philipp Schmid.

Agrément für R. Naville nach Indonesien.

Justiz- und Polizeidepartement:

Beschwerde Usine hydraulique Hongrin-Léman.

Militärdepartement:

Vollzug des Art. 63, Abs. 2 des Militärversicherungsgesetzes.

Finanz- und Zoll-  
departement:

Ausführungsbestimmungen zum Abkommen mit den USA zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Einkommensteuer:

Herr Nobs: Anspruch auf Steuerreduktion haben nur Leute, die in der Schweiz wohnen, nicht etwa die Bankkunden von Schweizer Banken. Man musste eine Lösung suchen, um Unregelmässigkeiten auszuschalten. Das ganze Affidavitsystem hat enttäuscht. Wir haben das gleiche Verfahren wie bei der Verrechnungssteuer. Die Banken sind nicht haftbar. Der kantonale und eidgenössische Fiskus erhält einen zuverlässigen Einblick in die Bezüge. Die rechtliche Grundlage liegt im Doppelbesteuerungsabkommen und im Bundesbeschluss. Danach hat der Bundesrat das Recht, Vorschriften zu erlassen mit verbindlicher Wirkung für die Kantone.

Herr Etter: In Art. 11, Abs. 1 ist nur von Amtssprachen die Rede, in Abs. 2 aber von Nationalsprachen.

Herr Bundespräsident: Man kann sich die Frage stellen, warum die Steuerverwaltung das Rätoromanische nicht zulässt.

Herr Petitpierre: Auf alle Fälle sollten Abs. 1 und 2 übereinstimmen. Ich bin für Amtssprache und nicht für Nationalsprache.

Die Frage, ob in Art. 11 die Nationalsprache oder die Amtssprache anzuführen ist, bleibt vorbehalten. Im übrigen wird zugestimmt.

Kreisschreiben an die Kantone zum schweizerisch/amerikanischen Einkommensteuerabkommen vom 24. Mai 1951.

Volkswirtschafts-  
departement:

Wirtschaftsvereinbarungen mit Aegypten.

Wirtschaftsverhandlungen mit Ungarn.

Post- und Eisenbahn-  
departement:

Botschaft an die Bundesversammlung zum Vorschlag der SBB 1952.